

Bolongaropalast: Es geht voran!



Einen großen Schritt zur Sanierung des Höchster Bolongaropalastes verkündete Anfang März Oberbürgermeister Peter Feldmann. Der Magistrat hat das Raumprogramm verabschiedet, als nächster Schritt folgt nun eine detaillierte Bau- und Finanzierungsvorlage.

Frankfurt/pia/bep. „Keine Atempause. Geschichte wird gemacht. Es geht voran...“ hieß es in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in einem Liedtext der Neuen Deutschen Welle. Die Atempause bei der Sanierung des Bolongaropalastes hatte sich die schwarze-grüne Magistratsmehrheit lange genug gegönnt, obwohl seit Monaten eine beschlussfähige Vorlage des zuständigen Dezernenten, Oberbürgermeister Feldmann, auf dem Tisch gelegen hatte. Geschichte hat der Bolongaropalast nun wirklich vorzuweisen, das steht außer Frage, aber nun geht es doch auch tatsächlich voran: Mit dem Raumprogramm hat der Magistrat eine aktualisierte Kostenschätzung verabschiedet. Demnach werden rund 28 Millionen Euro für die Sanierung aufgewendet, das sind circa drei Millionen Euro mehr als noch 2013 angekündigt. Grund für die Kostensteigerung sind vor allem allgemeine Preissteigerungen sowie die geänderte Honorarordnung für Architekten und Ingenieure, die allein einen Zuschlag in hoher sechsstelliger Summe ausmacht.

Um die Kosten im Rahmen zu halten, wurden 2,2 Millionen Euro vom ursprünglich vorgesehenen Vorschlag eingespart, insbesondere eine Unterkellerung sowie Interimskosten, die gespart werden können, weil das Bürgeramt mittlerweile umgezogen ist. Der Oberbürgermeister, der auch Dezernent der westlichen Stadtteile ist, widmet 1,2 Millionen Euro aus Bauunterhaltungsmitteln für den Römer aus seinem eigenen Dezernatsbudget um, um den Veranstaltungssaal im Westflügel zu sichern. Die Realisierung der geplanten Gastronomie ist vorerst verschoben. Allerdings sieht Feldmann unverändert auch hierfür Realisierungschancen, „denn in unserem Bolongaropalast finden sich die Menschen fürs Leben. Allein 576 Hochzeiten fanden 2014 hier statt, da werden wir auch eine gute Lösung für die Gastronomie finden.“

Die Gesamtsumme aller nun beschlossenen Maßnahmen für den Bolongaropalast beläuft sich auf fast 32,5 Millionen Euro. Hiervon wurden bereits Mittel in Höhe von 4,3 Millionen Euro für Planungskosten und die

Sanierung des Standesamtes ausgegeben.

„Wir lassen den Bolongaropalast und damit die Höchster nicht im Regen stehen“, kommentierte Feldmann das beschlossene Raumprogramm: „Jetzt werden Detailfragen geklärt und die einzelnen Gebäudeteile abschließend behandelt. Auch lassen sich die genauen Baukosten erst im Zuge dieser Planung ermitteln. Das gesamte Ensemble Bolongaropalast ist seiner Bedeutung als Kulturdenkmal entsprechend zu behandeln und wird auch in Zukunft eine feste Anlaufstelle für die Bürger im Frankfurter Westen bleiben.“

Auch Arnold Weber, SPD-Stadtverordneter aus dem Westen, freute sich: „Die SPD-Fraktion im Römer bekennt sich klar zur kulturellen und öffentlichen Nutzung des Bolongaropalastes“, sagte er, nachdem er zuvor bereits Schwarz-Grün für die monatelange Hängepartie kritisiert hatte. „Ich bin der Meinung, dass etwaige Mehrkosten, die durch die selbstverursachte Verschiebung entstanden sind, aufgefangen werden müssen, so wie es

beim Neubau für das Klinikum Höchst auch gemacht wird“, mahnte Weber.

„Das ist Schwarz-Grün den Menschen in Höchst und Umgebung, die seit Jahren auf einen Fortgang des Projekts warten, einfach schuldig.“

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,
Frankfurt hat einen Kirchendezernenten, falls Sie's noch nicht wussten. Das ist historisch so gewachsen, weil einige der Kirchen in der Innenstadt nicht der katholischen oder der evangelischen Kirche gehören, sondern seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts der Stadt. Der Kirchendezernent ist also quasi sowas wie der Verwalter der Kirchen, die der Stadt gehören. Eigentlich. Mehr nicht. Frankfurter Kirchendezernent ist Kämmerer Uwe Becker (CDU), dem auch ansonsten die Verwaltung der städtischen Liegenschaften untersteht. Und was macht so ein Kirchendezernent, fragen Sie sich? Also um die Liegenschaften kümmert er sich schon mal nicht, wie sie auf Seite 4 lesen können. Aber Mitte März hat er zu einem Kirchenrundgang eingeladen, im Januar die Bedeutung der christlichen Werte für den Zusammenhalt Europas unterstrichen, im Februar Angriffe auf moslemische Gebetsstätten verurteilt und zu Beginn der Fastenzeit diese als eine „Zeit der Einkehr und Besinnung“ begrüßt. Das Amtsverständnis gleicht also eher dem eines kommunalen Ersatzpfarrers und ist mitnichten historisch so gewachsen. Es darf also nicht verwundern, wenn Herr Becker an Ostern auf die Idee kommt, vom Römerbalkon der Stadt und den Stadtteilen seinen Segen spenden zu wollen ... Falls er sich aber doch noch dagegen entscheiden sollte, will ich es nicht versäumt haben, Ihnen schöne Ostertage im Kreise Ihrer Familien gewünscht zu haben. Das tue ich hiermit.



Herzlichst
Ihr
Klaus Oesterling
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Römer

HINTERGRUND

Der im Barockstil erbaute elegante Bolongaropalast wurde zwischen 1772 und 1775 im Auftrag der Kauffleute Josef Maria Marcus und Jakob Philipp Bolongaro erbaut. Der Palast steht mit seinen Seitenflügeln und der Gartenanlage unter Denkmalschutz. Von 1908 bis 1928 wurde das Gebäude als Sitz der Stadtverwaltung der ehemals selbstständigen Stadt Höchst am Main genutzt. Seit der Eingemeindung von Höchst unterhalten verschiedene Dienststellen der Stadtverwaltung Außenstellen im Bolongaropalast. Bei einer Gefahrenverhütungsschau wurden 2003 erhebliche baurechtliche Mängel festgestellt. Die Erstellung eines Brandschutzkonzeptes wurde veranlasst. Seine Umsetzung ist zwangsläufig mit der Sanierung des Innenbereiches verbunden. Neben den nahezu 240 Räumen ist hiervon insbesondere die technische Infrastruktur betroffen. Die Sanierung der Fassade und des Daches ist aufgrund altersbedingter Verschleißerscheinungen ebenso zwingend. Alle Gebäudeteile erhalten einen behindertengerechten Aufzug. Das Amt des Oberbürgermeisters und das Filmtheater Valentin verbleiben im Bolongaropalast. Mit potentiellen zukünftigen Nutzergruppen wurden zahlreiche informelle Gespräche geführt.

Aktionsplan Schule:

Viel versprochen, wenig gehalten

150 Millionen Euro zusätzlich stehen im Haushalt der Stadt Frankfurt zur Verfügung, um die marode Situation vieler Schulgebäude zu verbessern. Vor einem Jahr beschlossen, hat der sogenannte **Aktionsplan Schule im Frühjahr 2015 noch wenig bis keinerlei Wirkung entfaltet.**



Frankfurt/Lü. „Andere Schulträger würden ihren Augen nicht trauen, wenn sie die Summen zur Verfügung hätten, die wir für die Schulen etabliert haben. Leider ist von dem Geldsegen bisher so gut wie gar nichts bei den Schulen angekommen“, sagt die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Römerfraktion, Sylvia Weber.

Dabei hatte alles so gut angefangen: Aufgrund des geschlossenen Auftretens von Schulgemeinden, dem Stadtschülerrat, dem Stadtelternbeirat und der Unterstützung von Oberbürgermeister Feldmann war es gelungen, einen Sonderetat von 150 Millionen Euro in Form eines Nachtragshaushalts zu verabschieden. „Der seit Jahrzehnten aufgelaufene Investitionsstau sollte auf diese Weise zügig und sukzessive abgebaut werden“, stellt Weber klar.

Gut ein Jahr nach Verabschiedung macht sich nun Ernüchterung breit. Hier und da ist eine Ausschreibung erfolgt, die Elisabethenschule und Ludwig-Weber-Schule in Sindlingen

werden in Pavillons untergebracht, während die Sanierungs- und Neubauarbeiten laufen. „Im Großen und Ganzen hängt die Umsetzung der vielen Maßnahmen jedoch mal wieder an den bürokratischen Hürden und dem fehlenden politischen Willen der Dezernentin, jetzt endlich im Sinne der Schulen Gas zu geben“, kritisierte Weber.

Prominentes Beispiel sei die Wöhlerschule am Dornbusch, das derzeit größte Gymnasium der Stadt. Die Neuntklässler werden dort in maroden Containern ohne Wasseranschluss unterrichtet, im Winter ist es zu kalt und im Sommer zu heiß. „Das Problem ist seit Jahren bekannt und folgerichtig hat der Austausch der Containeranlage auch Eingang in den Aktionsplan Schule gefunden, was Anlass zu Hoffnung gab“, berichtet Weber.

Nun folge das böse Erwachen: Beim Besuch des Oberbürgermeisters an der Wöhlerschule Ende Februar stellte sich heraus, dass die Container auf Landschaftsschutzgebiet stehen

und der Austausch der Anlage demzufolge durch das Regierungspräsidium in Darmstadt genehmigt werden müsse. Die Schule, die seit Jahren um neue Container bittet, wurde an diesem Morgen erstmals über diesen Umstand informiert. „An der katastrophalen Kommunikation mit den Schulen hat sich offensichtlich immer noch nichts verbessert“, bemängelt Weber. Das Bildungsdezernat müsse nun zügig handeln und die Genehmigung herbeiführen, denn das Zeitfenster sei knapp: Nach Abgang der Abiturienten können die Neuntklässler für den Rest des Schuljahres in echte Klassenräume umziehen und die Container könnten dann ausgetauscht werden. „Ausreden gelten nicht mehr, das Geld ist da und kann ausgegeben werden. Wir erwarten, dass die Wöhlerschule und alle anderen im Aktionsplan verzeichneten Schulen endlich Taten sehen und aus dem Geld Beton wird“, fordert Weber abschließend.

Stichwort: Aktionsplan

Der sogenannte „Aktionsplan Schule“ ist formal ein Nachtragshaushalt, der im Frühjahr 2014 verabschiedet wurde. Er soll mit einer zusätzlichen Summe von 150 Millionen Euro bis zum Jahr 2017 sowohl einige wenige Neubauten als auch viele überfällige Sanierungsmaßnahmen an den Frankfurter Schulen ermöglichen.

Größere investive Maßnahmen sind an der Klingerschule, der Ludwig-Weber-Schule, der Gruneliuschule, der Willemerschule, der Deutschherrenscheule und der Römerstadtschule geplant. Um die zusätzliche Arbeit zu bewältigen, sind im Hochbauamt und im Stadtschulamt sechzehn Personalstellen bereit gestellt worden.

Für jede Schule wurde ein Steckbrief erstellt, der Stand und Planung der jeweiligen Baumaßnahmen auflistet. Die Schulsteckbriefe sind im Internet unter www.frankfurt.de einzusehen, für Nachfragen wurde die Emailadresse aktionsplan-schule.amt40@stadt-frankfurt.de eingerichtet.



Unterm Rad

Frankfurt/bep. Die vor kurzem vom Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Club (ADFC) vorgestellten Ergebnisse des Fahrradklima-Tests 2014 sind der Beweis: Die Frankfurter Radverkehrspolitik, maßgeblich geprägt von grünen Dezernenten und aktuell verantwortet von Stadtrat Stefan Majer, ist unter die Räder gekommen. Zwar belegt Frankfurt bundesweit den achten Platz, nach Platz 9 im Test zwei Jahre zuvor. Aber die durchschnittliche Benotung ist mit 3,61 nahezu gleich geblieben. Diese Stagnation kritisierte ein ADFC-Sprecher mit den Worten „Da wäre mehr drin gewesen.“ Und wertete dies gleichzeitig als Rückschritt. Verkehrspolitiker Klaus Oesterling schloss sich an: „Die tatsächlichen Investitionen in den Radverkehr hinken den selbst geweckten Erwartungen seit Jahren hinterher. Da kann von einem Anschluss an die Spitzengruppe schon lange keine Rede mehr sein.“

SPD-Rundgang zum Innenstadtkonzept



Das Stadtparlament soll demnächst über die städtebauliche Entwicklung der Frankfurter Innenstadt entscheiden. „Keiner der Vorschläge aus dem Planungsdezernat ist allerdings im Haushalt mit Geld hinterlegt“, kritisiert Klaus Oesterling, der Vorsitzende der SPD-Fraktion. „Es handelt sich bei dem vom Magistrat vorgelegten Innenstadtkonzept nur um einen Wunschzettel. Wann etwas davon umgesetzt wird, ist völlig offen.“

Frankfurt/HP. Bei einem Rundgang im März, beginnend an der Hauptwache, hat sich die SPD-Fraktion dennoch die Verhältnisse vor Ort angeschaut. Wie sich ohne großen finanziellen Aufwand etwas bewegen ließ, zeigte das Beispiel des verstorbenen Verkehrsdezernenten Sikorski: Die Hauptwache ist jetzt autofrei. Danach kam leider nichts mehr. Weil die schwarz-grüne Koalition seit Jahren über die millionenteure Schließung der Zugänge zur B-Ebene diskutiert, bleibt der Platz trostlos und ohne Grün. Und unter der Erde? Nichts bewegt der Magistrat, um den wichtigen Bahnhof attraktiv zu gestalten.



Bei der Platzfolge Goetheplatz, Rathenauplatz und Rossmarkt fiel auf: Die Plätze wiesen zu wenig Grün auf und es wird wenig Wert auf Räume für Kinder gelegt. Es gibt in der gesamten Innenstadt nur an den Rändern (in den Wallanlagen und am Mainufer) Spielplätze. „Pläne, die Platzfolge durch einen Querriegel zwischen Rathenauplatz und Rossmarkt zu zerschneiden,

lehnt die SPD ab“, so Gregor Amann, der planungspolitische Sprecher der Fraktion. „Wir wollen die vorhandenen Plätze in der Stadt großzügig erhalten. Es muss auch Platz für Veranstaltungen in der Stadt geben. Allerdings sollte bei zukünftigen Platzgestaltungen immer ein Augenmerk auch auf die Aufenthaltsqualität für Kinder gelegt werden.“

Satt des unsinnigen zweispurigen Rückbaus der Berliner Straße favorisiert die SPD eine Schließung der nördlichen Mainuferstraße zwischen Alter Brücke und Untermainbrücke. „Damit wird die Zerschneidung zwischen Altstadt und Main aufgehoben, und am Eisernen Steg könnte ein attraktiver Platz entstehen“, meinte Amann.



Forum Zukunft Frankfurt

Kulturperspektiven

Kultur in Frankfurt am Main – 2020

Podiumsdiskussion mit:
Hauke Hückstädt
Leiter des Literaturhauses Frankfurt

Bernd Loebe
Intendant der Oper Frankfurt

Thomas Rietschel
Präsident der Hochschule für Musik
und Darstellende Kunst

Dr. Renate Wolter-Brandecker
Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Moderation:
Dr. Ina Hartwig
Literaturkritikerin

Dienstag, 14. April 2015
19.00 Uhr

Städelschule
Dürerstraße 10
60569 Frankfurt am Main

Fraktion im
Römer

SPD

spd-roemer.de

Ene, mene, miste...

Wer kennt ihn nicht, den alten Abzählreim?

Jetzt will der Magistrat so quasi in Erfahrung bringen, wie er sein Liegenschaftsmanagement „optimieren“ kann.

Ein Consulting-Unternehmen wurde beauftragt, für vorerst 300.000 Euro. Der Erfolg ist vorprogrammiert.

Abzählen alleine wird nicht genügen, denken

Sie sicher. Aber Sie könnten sich irren.

Lesen Sie hier, warum.



Frankfurt/bep. Die Stadt Frankfurt verwaltet zahlreiche Immobilien, deren Management dringend verbesserungsbedürftig ist. Reformdezernent Jan Schneider (CDU) hat daher kürzlich das Consulting-Unternehmen cgmunic beauftragt, Vorschläge zur Verwaltungsoptimierung zu erarbeiten. Auch Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU) zeigte sich im Haupt- und Finanzausschuss von dem Projekt begeistert und geizte nicht mit Vorschusslorbeeren für die externen Berater. Woher dieser Optimismus?

Ganz einfach: Man muss wissen, wie schlimm es wirklich ist, wenn man so gnadenlos mit Verbesserungen rechnet. Und es ist schlimm. Schon im vergangenen Jahr kam ein gemeinsames Papier der Dezernate Cunitz, Becker, Sorge und Schneider

zu der Einschätzung der Immobilienbesitz sei zerstreut, nicht genau zu erfassen, die Verantwortlichkeiten unklar, die Datenbasis nicht belastbar und die dezentrale Struktur überfordert. Mit anderen Worten: Die Stadt weiß überhaupt nicht, wie viele Immobilien sie besitzt oder verwaltet. Da muss einem natürlich jeder noch so banale Verbesserungsvorschlag oder allein das Nennen einer verbindlichen Zahl schon wie ein Blick hinaus über Platons Höhlenrand erscheinen.

Das Dezernatspapier, das letztlich die Einbindung externen Sachverständigen zur Lösung des Problems vorschlug, kam zu dem Fazit: Es gebe „unklare Verantwortlichkeiten zwischen Bauherrenämtern und Hochbauamt“. Es sei „keine einheitliche Immobilienbewirtschaftung möglich“ und auch

„keine rechtssichere Gebäudebewirtschaftung“. Es gebe „Unklarheiten im Schadensfall“ und einen „ineffizienten Ressourceneinsatz“. Da scheint sich natürlich jedes Vorurteil zu bestätigen, das ein normaler Bürger so vom Schalten und Walten einer Verwaltung haben kann. Und daher auch die Gewissheit, dass jeglicher Ratschlag nur eine Verbesserung sein wird.

Der verwaltungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Römer, Holger Tschierschke, kommentierte daher auch ironisch: „Wer nicht weiß, wie viele Häuser er hat, ist entweder zu reich oder unzurechnungsfähig. Der schwarz-grüne Magistrat bestreitet vehement, zu viel Geld zu haben... Betreuung von außen ist da letztlich die einzige Hilfe.“ Es scheint, es rappelt in der Kiste.

Frankfurt ist bunt!



Aus den Frankfurter Stadtteilen

SPD für Verlagerung der Europäischen Schule

Die Europäische Schule am Praunheimer Weg in der Nordweststadt platzt aus allen Nähten und die Erweiterungsmöglichkeiten am bisherigen Standort sind begrenzt. Die SPD-Fraktion im Römer schlägt nun eine komplette Verlagerung vor und bringt auch gleich einen Alternativstandort im benachbarten Praunheim ins Spiel. „Wir wollen die Europäische Schule in Frankfurt behalten, aber eine Erweiterung am jetzigen Standort geht zu Lasten der benachbarten Ernst-Reuter-Schule und wird dem Platzbedarf der Europäischen Schule trotzdem nicht gerecht. Eine Verlagerung würde beiden Schulen die nötigen Entwicklungsmöglichkeiten geben. Wir fordern den Magistrat auf, die Option Praunheim intensiv zu prüfen und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, das mit der Machbarkeitsstudie befasst ist, auf diese Option hinzuweisen“, so Sylvia Weber, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Im benachbarten Praunheim dürfte die Schule nach Meinung der Sozialdemokraten willkommen sein. „Das Entwicklungsgebiet nördlich der Heerstraße bietet ausreichend Flächenpotenzial und ist verkehrlich gut erschlossen. Zudem dürfte den Bürgerinnen und Bürgern eine Schule wesentlich angenehmer sein, als ein möglicherweise lauter Gewerbebetrieb“, so Hans-Jürgen Sasse, Fraktionsvorsitzender der SPD im für Praunheim zuständigen Ortsbeirat 7. Mit einer Verlagerung könnten auch die Bemühungen zur Verlängerung der U 6 und die Anbindung an die Regionaltangente West einen zusätzlichen Schub bekommen.

Terminal 3: Römer-SPD begrüßt Überprüfung

„Wir begrüßen die Aufforderung der Hessischen Landesregierung an Fraport, den Bau des Terminals 3 aufgrund der neuen, vom Hessischen Verkehrsminister Al-Wazir vorgelegten Gutachten erneut zu überprüfen.“ Mit diesen Worten reagierte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Römer, Klaus Oesterling, auf entsprechende Äußerungen des Hessischen Wirtschaftsministers. „Die neuen Gutachten belegen die vom Frankfurter Oberbürgermeister Feldmann und den Bürgerinitiativen geäußerten Zweifel an der Notwendigkeit des Terminals 3 im bisher geplanten Umfang. Wenn die Landesregierung der Auffassung ist, ein Ausbau des Terminals 1 sei wesentlich kostengünstiger als der Bau eines neuen Terminals, so müssen die Mehrheitseigner Land Hessen und Stadt Frankfurt das auch gegenüber dem Fraport-Vorstand durchsetzen“.

Oesterling erinnerte daran, dass eine entsprechende Absicht sowohl in der schwarz-grünen Vereinbarung auf Landesebene als auch in der unlängst beschlossenen Änderung des Konsortialvertrages zwischen der Stadt Frankfurt und dem Land Hessen enthalten sei. „Tarek Al-Wazir hat vor der Landtagswahl klar gesagt, einen Bau des Terminals 3 werde es mit ihm nicht geben. Al-Wazir muss nun zu seinem Wort stehen, will er nicht jede Glaubwürdigkeit verlieren“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Frankfurt MODERN



IMPRESSUM

Redaktion: Henning Beppler (bep), Gabi Faust-Becker (GF), Jetta Lüdecke (Lü), Stefan Mank (STM), Hans Preißl (HP), Klaus Oesterling (Oe)

V.i.S.d.P.: Henning Beppler, SPD-Fraktion im Römer, Bethmannstraße 3, 60311 Frankfurt, Tel. 069/281541, Fax 069/287708, E-Mail info@spd-fraktion.frankfurt.de

Fotos: Seite 1: Wikimedia Commons, lizenziert unter CreativeCommons-Lizenz by-sa-2.5-am, Eva Kröcher (Bolograpalast), web: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/legalcode>, <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/legalcode>, Seite 2 (Schulbilder) © Bernd Roselieb 2013, Seite 4 fotolia

Gesamtherstellung: com.plot-mainz.de

Auflage: 160.000

An alle Haushalte mit Tagespost